

Ewald Walterskirchen

Verstärkter Konjunkturaufschwung

Die Industriekonjunktur ist seit der Wachstumspause im Herbst 1989 steil aufwärtsgerichtet. Der Wachstumsschwerpunkt hat sich zu den Investitionsgüterbranchen verschoben, sie erhöhten ihre Produktion im Februar gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Fünftel.

Die Auftragseingänge aus dem Ausland nehmen seit Jahresbeginn wieder stark zu. Die Auftragsschwäche, die zu Ende des Vorjahres eingetreten war, ist überwunden. Gleichzeitig hat sich die Zunahme der Warenausfuhr gegenüber dem Jahresendquartal stark beschleunigt. Dazu trug in erster Linie eine Belebung der Exporte in die BRD bei.

Die Industrie erhielt auch mehr Bestellungen aus dem Inland. Der große Optimismus der Konsumenten zeigt sich im Ifo-Konsumklimaindex, der seit dem Herbst steigt. Steuerreform und kräftige Lohnsteigerungen haben dieses Vertrauen gestärkt. Die Stundenlöhne in der Industrie waren im Jänner um 6,7% höher als ein Jahr zuvor, die Überzahlungen nahmen deutlich zu. Der Einzelhandel setzte in den ersten zwei Monaten real um 7½% mehr um als im Vorjahr. Dauerhafte Konsumgüter waren besonders gefragt. Das schlug sich in einer erheblichen Steigerung der Produktion dauerhafter Gebrauchsgüter nieder.

Die gute Konjunktur führte auch zu einer kräftigen Steigerung der Steuereinnahmen (I Quartal +8,9%), vor allem von Lohn-, Verbrauch- und Gewerbesteuern.

Die internationalen Einflüsse auf die heimische Wirtschaft sind uneinheitlich. Die Geldpolitik der Industrieländer differiert derzeit ziemlich stark. In den USA lockerte die Zentralbank seit Mitte 1989 ihren geldpolitischen

Die Aufwärtstendenz der Konjunktur hat sich seit Jahresbeginn noch verstärkt. Die Exportdynamik blieb ungebrochen, und der Einzelhandel verzeichnete sprunghafte Umsatzsteigerungen. Die hohe Nachfrage hatte eine Ausweitung der Industrieproduktion um mehr als 10% zur Folge. Auch die Beschäftigung wuchs beträchtlich: Die Zahl der unselbständig Beschäftigten wird im Sommer erstmals nahe an die 3-Millionen-Grenze herankommen.

Kurs, die kurzfristigen Zinssätze sind deutlich gefallen. In Japan und Westeuropa wurden die Leitzinsen dagegen beträchtlich angehoben, um die Inflationserwartungen zu dämpfen.

Die Verringerung des Zinsgefälles zwischen den USA und Westeuropa setzte den Dollar zunächst unter Druck, seit Jahresbeginn hat er sich jedoch stabilisiert. Daran hatten Inflationserwartungen die durch die Ankündigung einer Währungsunion zwischen der BRD und der DDR ausgelöst wurden, wesentlichen Anteil.

Im April war der Dollarkurs, ge-

messungen an der DM, um etwa ein Zehntel niedriger als im Vorjahr. Das wirkt sich auf die Preisstabilität in Westeuropa und in Österreich positiv aus: Die Importpreise waren zu Jahresbeginn gegenüber dem Vorjahr unverändert, und die Terms of Trade verbesserten sich deutlich — wie es bei einem Wertgewinn des Schillings die Regel ist.

Eine Folge dieser Entwicklung war, daß sich das Defizit in der Handelsbilanz erstmals seit Monaten verringerte. Die Leistungsbilanz blieb trotz der ungünstigen Ergebnisse im Winterreiseverkehr positiv.

Die niedrigen Importpreise trugen auch dazu bei, daß die Entwicklung der Verbraucherpreise in ruhigen Bahnen verlief, die Inflationsrate betrug zuletzt (ohne Saisonwaren) 3%.

Andererseits verschlechtert der niedrige Dollarkurs die Wettbewerbsfähigkeit: Die Auslandsaufträge stagnieren in der BRD seit einigen Monaten, und in Österreich haben sie sich

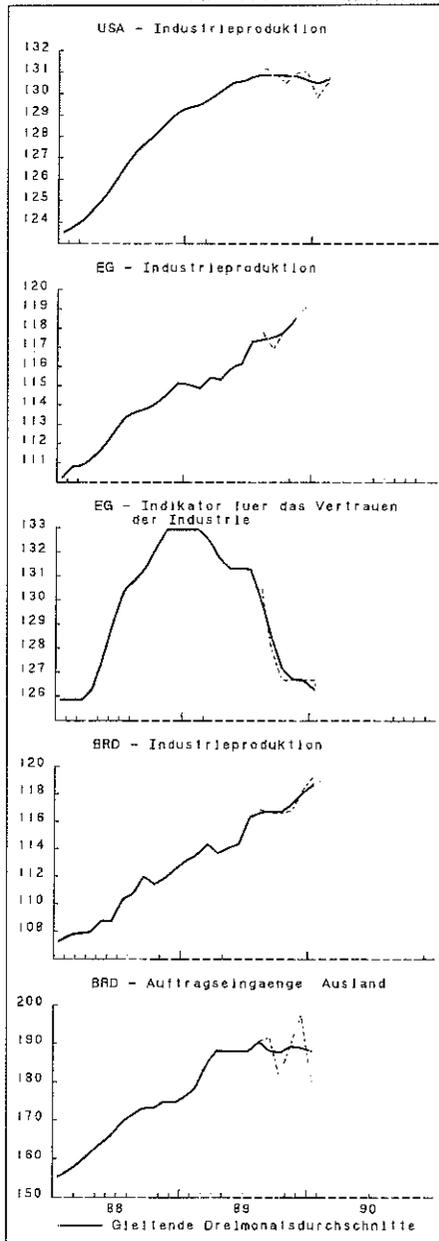
Konjunktur aktuell

	Letzter Monat		Konjunkturbarometer ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrieproduktion: Konjunkturreihe	Februar	+ 11,4	+
Auftragseingänge (ohne Maschinen) nominell			
Ausland	Februar	+ 17,6	=
Inland	Februar	+ 5,3	=
Leading Indicator	Februar	—	+
Unselbständig Beschäftigte	April	+ 2,3	+
Arbeitslosenrate saisonbereinigt	in %	5,0	=
Verbraucherpreise	März	+ 3,1	=
Umsätze des Einzelhandels real	Februar	+ 5,2	+
Dauerhafte Güter	Februar	+ 8,3	+
Warenexport nominell	Februar	+ 8,6	=
Warenimport nominell	Februar	+ 1,5	—
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd S		
Handelsbilanz	Februar	+ 2,9	+
Leistungsbilanz	Februar	— 2,2	=

¹⁾ Trend der gleitenden Dreimonatsdurchschnitte (saison- und teilweise arbeitstäglich bereinigt)

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1980 = 100



nach der Jahreswende nur wegen der starken Nachfrage aus der Bundesrepublik Deutschland erholt, die zu Jahresbeginn Steuern gesenkt hatte. Im 2. Halbjahr wird sich diese Nachfrage infolge der deutschen Währungsunion noch massiv verstärken.

Osteuropa leidet derzeit unter den Problemen einer Umstellung von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft. Die Dynamik der österreichischen Exporte nach Osteuropa läßt seit Mitte 1989 stetig nach. Zu Jahresbeginn stiegen die Ostexporte nur halb so rasch wie die Ausfuhr in die übrigen Länder, die Importe aus Osteuropa erreichten das Vorjahresniveau nicht.

Der starke Flüchtlingsstrom aus

Osteuropa stellt den österreichischen Arbeitsmarkt vor neue Aufgaben. Eine Rekordausweitung der Beschäftigung ist begleitet von einer spürbaren Steigerung der Arbeitslosigkeit (+8 000 im April). Fast die Hälfte des Anstiegs der Arbeitslosigkeit geht auf Asylwerber zurück, die jetzt von den Arbeitsämtern vermittelt werden.

Die Neuregelung in der Arbeitslosenversicherung nach der auch Ausländer Notstandshilfe beziehen können, beeinflusste die Arbeitslosigkeit bisher nicht. Die Zahl der ausländischen Notstandshilfeempfänger blieb zu Jahresbeginn stabil (+100).

Auch daß Arbeitslose in Krisenregionen nunmehr 4 Jahre lang Arbeitslosengeld beziehen können, erklärt den Anstieg der Arbeitslosigkeit nur zu einem geringen Teil. Überdies macht diese Maßnahme bloß Unterbeschäftigung sichtbar, die sich zuvor in der Zahl der Bezieher von Sonderunterstützungen verbarg.

Zweistellige Wachstumsrate der Industrieproduktion

Die rasche Ausweitung der Industrieproduktion wurde vor allem von der Maschinenbau- und Elektroindustrie getragen, und auch fast alle anderen Branchen verzeichneten günstige Ergebnisse. Nur die Produktion der Eisenhütten und der Bekleidungsindustrie kam im Durchschnitt von Jänner und Februar nicht an das Vorjahresniveau heran.

Auch die Baukonjunktur war zu Jahresbeginn günstig. Der Produktionswert der Bauwirtschaft stieg im Jänner nominell um gut 6%. Ähnlich wie im IV. Quartal expandierte der Tiefbau besonders stark, die Wertschöpfung im Hochbau stagnierte dagegen. Dementsprechend wurde die Beschäftigung im Tiefbau stark ausgeweitet, jene im Hochbau ging zurück.

Der WIFO Leading Indicator weist seit Herbst steil nach oben. Das leichte Nachgeben dieses Index im Februar ist wenig aussagekräftig. Es geht überwiegend auf eine bereits überwundene Abschwächung des im Leading Indicator enthaltenen IFO-Geschäftsklimaindex zurück.

Auch die Auftragsstatistiken lassen ein Anhalten der günstigen Entwicklung erwarten. Die Nachfrage nach Industrieprodukten — vor allem

nach Konsumgütern — war im Jänner und Februar deutlich höher als in den Vormonaten.

Dauerhafte Konsumgüter sehr gefragt

Die Konsumnachfrage war zu Jahresbeginn besonders lebhaft. Die Einzelhandelsumsätze erreichten im Jänner die höchste reale Zuwachsrate seit März 1988. Im Durchschnitt von Dezember und Jänner ergibt sich gegenüber den zwei Vormonaten ebenfalls eine sprunghafte Steigerung (+2,3%).

Der Einzelhandel verkaufte — bei gleicher Zahl von Verkaufstagen — im Jänner real um fast 10%, im Februar um gut 5% mehr als im Vorjahr. Die konjunkturreaktive Nachfrage nach

Die Industrie produzierte im Februar um 11% mehr als im Vorjahr. Das gute Jänner-Ergebnis wiederholte sich damit. Diese hohen Zuwächse sichern die WIFO-Konjunkturprognose nach unten gut ab.

dauerhaften Konsumgütern expandierte im Jänner außerordentlich stark (+17,7%), Möbel, Uhren und Schmuckwaren sowie optische und feinmechanische Erzeugnisse waren besonders gefragt. Die Pkw-Importe stiegen im Jänner um fast 40%, auch die Pkw-Neuzulassungen nahmen zu.

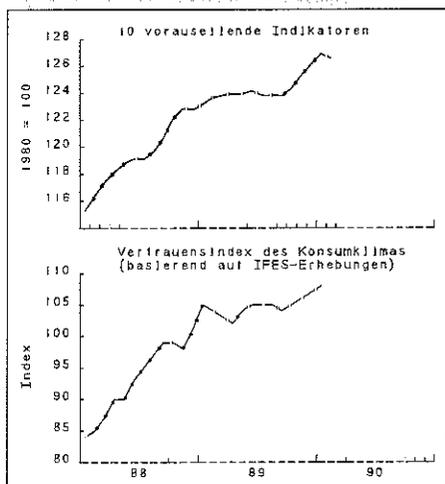
Der Großhandel setzte im Jänner — trotz Ausfalls eines Verkaufstages — real um 8,6% mehr um als vor einem Jahr. Deutlichen Zuwächsen im Umsatz mit Rohstoffen und Halberzeugnissen stand eine Stagnation im Umsatz mit Agrarprodukten gegenüber.

Exporte wachsen rascher als Importe

Mit Jahresbeginn haben sich Auslandsaufträge und Warenexporte deutlich belebt. Die Exporte übertrafen im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar das Vorjahresniveau um rund 12% (Im Jänner gab es um einen Arbeitstag mehr als im Vorjahr.)

Der Export in die BRD und in die EFTA-Länder hat zu Jahresbeginn an Dynamik gewonnen. Der Ostexport blieb schwach. Die Reibungsverluste durch die Systemumstellung werden deutlich. In Polen z. B. sank die Indu-

WIFO-Konjunkturbarometer



striepproduktion infolge der Radikalkur zur Inflationsbekämpfung um etwa ein Drittel, die Importe gingen deshalb stark zurück.

Die österreichischen Importe stiegen im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar mit +7,7% deutlich schwächer als die Exporte. Vor allem im Februar war der Unterschied eklatant (+1,5% gegenüber +8,6%). Die Importe aus der EG und aus Übersee nahmen im Jänner stark zu, jene aus Osteuropa waren rückläufig. Die Leistungsbilanz wies im Jänner wie im Februar einen Überschuß auf, obwohl der Ausländerreiseverkehr wegen des Schneemangels schwach war.

Steigende Arbeitslosigkeit trotz Rekordausweitung der Beschäftigung

Die Beschäftigungsnachfrage war im Frühjahr außerordentlich stark. Im April wurden um 64 400 Arbeitsplätze mehr gezählt als im Vorjahr. Der Beschäftigungsanstieg entfällt zu etwa gleichen Teilen auf Männer und Frauen und hat sich seit Jahresbeginn noch verstärkt. Ausländische Arbeitskräfte stellten etwas mehr als die Hälfte des Zuwachses, ihr Anteil an den Beschäftigten betrug im April 6,7%.

Trotz der ausgezeichneten Beschäftigungsentwicklung erhöhte sich die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im April gegenüber dem Vorjahr um 8 000. Dieser Anstieg betraf zu drei Vierteln Ausländer (+6 300), zu einem Viertel Österreicherinnen. Die höhere Arbeitslosigkeit von Ausländern ist überwiegend (+3 400) eine Folge der Aufnahme von Asylwerbern

(vor allem Rumänen) in die Arbeitsvermittlung

Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes kann nicht verhindern, daß die Zahl der offenen Stellen weiter rasch zunimmt: Im April war sie um etwa zwei Fünftel höher als vor einem Jahr

Steigende Lohndrift

Die Stundenlöhne in der Industrie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,7%. Diese Erhöhung ging um etwa 1 Prozentpunkt über die Steigerung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne und um rund 2½ Prozentpunkte über die Ist-Lohnvereinbarungen hinaus

Mit 1. Mai traten die neuen Kollektivverträge der Chemiarbeiter in

Gute Arbeitsmarktlage und höhere Lohnabschlüsse setzten zu Jahresbeginn einen deutlichen Lohnauftrieb in Gang. In Industrie und Bauwirtschaft nahmen die Überzahlungen zu.

Kraft: Die Mindestlöhne wurden um 7,3%, die Ist-Löhne um 5,7% (mindestens um 800 S) angehoben. Die Kollektivvertragslöhne der Bauarbeiter stiegen etwas stärker (+7,9%), jene in der Niedriglohnbranche Gastgewerbe blieben zurück (+6,7%). Die – im internationalen Vergleich sehr hohen – Lohnunterschiede nach Branchen nehmen damit weiter zu.

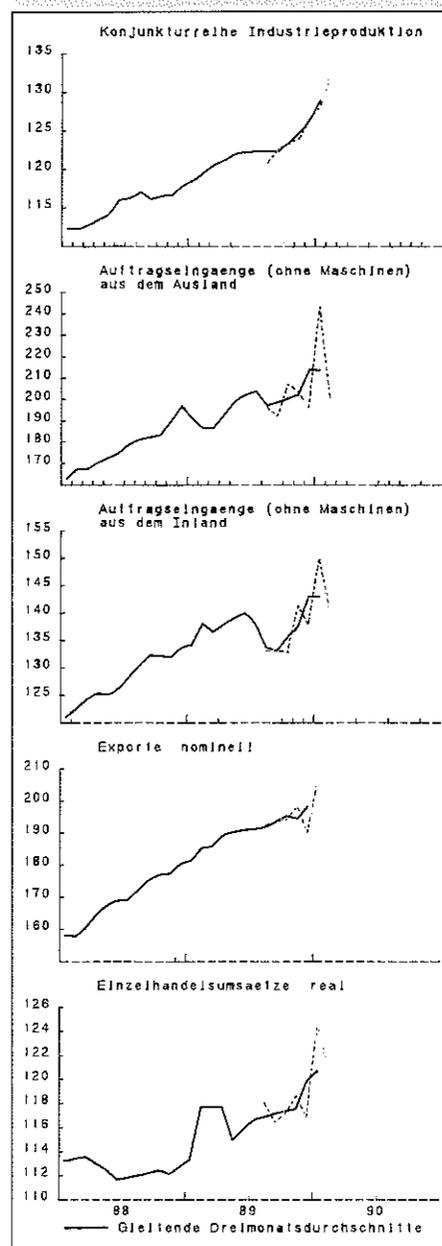
Preisauftrieb durch niedrige Importpreise gedämpft

Sinkende Rohölpreise und niedriger Dollarkurs haben den Einsatz von Rohstoffen für die heimische Wirtschaft verbilligt. Der HWWA-Gesamindex der Rohstoffpreise lag im Jänner auf Schillingbasis um 8,4% unter dem Vorjahresniveau. Dadurch wird Preisstabilität importiert.

Die Inflationsrate betrug im März – ebenso wie im Februar – 3,1%. Gegenüber dem Vormonat stiegen die Verbraucherpreise um nur 0,1%. Sinkende Energiepreise und billigere Auslandsübernachtungen bremsen ihren Auftrieb. Die Dienstleistungspreise, die in der Vergangenheit meist parallel mit den Löhnen gestiegen wa-

Produktion und Nachfrage

Saisonbereinigt, 1980 = 100



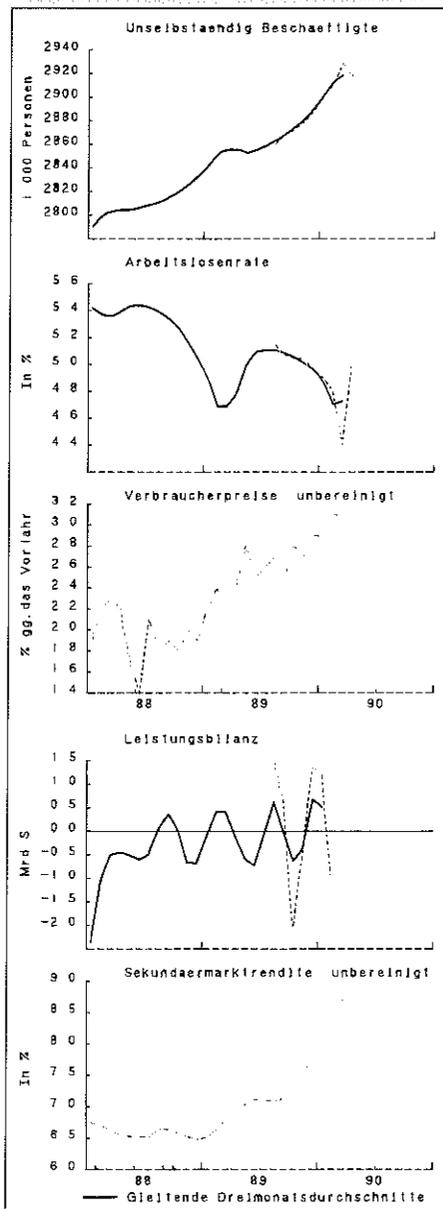
ren, blieben bisher hinter der Lohnentwicklung zurück

Wirtschaftspolitische Unsicherheiten lassen Zinsen weiter steigen

Die internationalen Finanzmärkte werden durch Spannungen verunsichert und irritiert, die aufgrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Vorstellungen von Regierungen und Zentralbanken vor allem in Japan, in den USA und in der BRD entstanden sind. Beim Treffen der „Großen Sieben“ am 7. April in Paris standen deshalb Probleme der Zins- und Wechselkursgestaltung im Mittelpunkt

Wirtschaftspolitische Eckdaten

Saisonbereinigt



In Japan stufen die Finanzmärkte die zinspolitischen Maßnahmen der Notenbank als zu spät und ungenügend ein. Der Kursverfall an der Börse in Tokio scheint zwar gebremst, ob damit die Aktienbaisse auch beendet ist, wird nicht zuletzt von der weiteren Zinspolitik abhängen. Die Talfahrt des Yen — seit Jahresbeginn büßte er gegenüber dem Dollar rund 10% an Wert ein — hat in den letzten Wochen an Tempo verloren. Das Treffen der Großen Sieben konnte keine Trendumkehr einleiten, da verstärkte Interventionen zugunsten des Yen für die Finanzmärkte nicht überzeugend genug beschlossen wurden. Allerdings würden Zinssteigerungen in Japan als Korrekturmechanismus auf den Kapi-

talmärkten weitere Turbulenzen auslösen.

In den letzten Monaten nahm in den USA das Federal Reserve System (FED) eine abwartend-neutrale Haltung ein, es widerstand allerdings dem Druck der Regierung auf Zinssenkungen. Die jüngsten Konjunkturdaten über das Wachstum im I. Quartal entkräfteten einerseits Rezessionsbefürchtungen, andererseits läßt die Entwicklung der Konsumentenpreise Inflationsgefahren erkennen, denen die FED mit einer wieder restriktiveren Haltung begegnen wird. In Erwartung einer schärferen monetären Gangart sind die Rentenkurse gefallen, die Rendite der Regierungsanleihe mit einer Laufzeit von 30 Jahren lag in der letzten Aprilwoche erstmals seit März 1989 über 9%. Nach Bekanntgabe der ungünstigen Arbeitsmarktdaten für April sind die Renditen wieder unter 9% gesunken.

In der BRD ist die Zinsentwicklung weiterhin gekennzeichnet durch die Erwartung möglicher Auswirkungen der am 2. Juli in Kraft tretenden Währungsunion. Die Ankündigung einer Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der BRD und der DDR ließ Mitte Februar die Umlaufrendite von Anleihen der öffentlichen Hand über 9% steigen. Die Kapitalmarktzinsen sanken zwar bis Anfang April auf 8,6%, haben seither jedoch wieder angezogen. In Rentenwerten engagieren sich Anleger zur Zeit erst bei einer Rendite von rund 9%. Obwohl von der Wirtschaftspolitik ein inflationärer Druck sowie ein weiteres Ansteigen der Zinsen in Abrede gestellt wurde, haben die Renditen nach Bekanntgabe aller Einzelheiten des Umtauschverhältnisses im Rahmen der Währungsunion angezogen. Die Auswirkungen werden von den Finanzmärkten pessimistischer eingeschätzt als von der Wirtschaftspolitik.

Die österreichischen Kapitalmarktzinsen folgten der Entwicklung in der BRD, das geringere Ausmaß der Zinssteigerungen ließ seit Anfang Februar ein negatives Zinsdifferential entstehen. Mitte Februar betrug es rund ½ Prozentpunkt (gemessen an der Sekundärmarktrendite für Bundesanleihen). Ende März und Anfang April war der Abstand zwar kurzfristig leicht positiv, Ende April betrug er jedoch wieder —0,2 Prozentpunkte. Die Bundesanleihen weisen seit Mitte

April eine Rendite von 8,8% auf. Das höhere Zinsniveau auf dem Kapitalmarkt veranlaßte die Banken Anfang April die Zinsen für gebundene Spareinlagen im Durchschnitt um ¾ Prozentpunkte zu erhöhen. Parallel dazu wurden auch die Kreditzinsen angehoben. Der Eckzinssatz blieb auf 3%.

Auf dem heimischen Geldmarkt traten besonders im März wieder verstärkt Liquiditätsprobleme auf. Der Taggeldsatz lag zeitweise um 10%, also um über 2½ Prozentpunkte höher als in der BRD. Die OeNB hat mit 23. März den Zinssatz für kurzfristige Wertpapier-Kostgeschäfte von 7,75% auf 8% erhöht, nachdem er schon am 9. März um ½ Prozentpunkt hinaufgesetzt worden war. Nach Werten um 9,4% in den ersten Apriltagen bildete sich in der Folge der Taggeldsatz auf 8%. Ende April zurück, das positive Zinsdifferential zur BRD schwankte in dieser Zeit zwischen 0,2 und 0,7 Prozentpunkten.

Das Wachstum der Schilling-Geldkapitalbildung beschleunigte sich im I. Quartal und lag mit 6,6% über den Zuwachsraten des letzten Jahres. Besonders die Zunahme der Spareinlagen um 6,5% — so hohe Raten wurden in den letzten zwei Jahren nicht gemessen — hat zu diesem Ergebnis beigetragen. Unter den Spareinlagen verzeichneten die gebundenen Einlagenformen weiter steigenden Zulauf, da hier die Banken einen harten Wettbewerb über die frei vereinbarten Zinsen austragen. Das attraktive Geldmarktzinsniveau läßt die Wirtschaftsunternehmen und Privaten hohe Termineinlagen halten, für diese Einlegerkategorie wird — nach ähnlich hohen Zuwächsen im 2. Halbjahr 1989 — auch im I. Quartal 1990 eine Wachstumsrate von 20% ausgewiesen. Die Termineinlagen insgesamt (+2,4%) wie auch die Sichteinlagen (+7,9%) expandierten im I. Quartal schwächer als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Kräftig ausgeweitet wurde die Kreditgewährung: Die Direktkredite nahmen um 9,1% zu; neben der anhaltend guten Kreditnachfrage des Handels der unselbständig Erwerbstätigen und Privaten sowie der sonstigen Kreditnehmer (besonders Leasing-Gesellschaften) ging auch von der Industrie ein starker Impuls aus. Die Schilling-Kredite nahmen insgesamt

um 8,4% zu, sodaß sich die Schilling-Geldkapitallücke ausweitete und mit 139 Mrd S Ende März einen neuen Höchststand erreichte

Der nominell-effektive Wechsel-

kurs (ohne Jugoslawien) steigt seit Oktober 1989; im I Quartal erhöhte sich der Index um 3,3%. Der real-effektive Wechselkurs war zuletzt seit 1½ Jahren gesunken, in den ersten

drei Monaten des Jahres 1990 verzeichnete er einen Anstieg um etwa 1¾%

Abgeschlossen am 8. Mai 1990